

Dem Untergang geweiht

Tausenden Anlegern droht hierzulande ein Totalverlust bei Schiffsbeteiligungen. Nun wird ein Prospektprüfer geklagt, auch Strafanzeigen sind in Vorbereitung.

Von Angelika Kramer

Ein Vermögensberater, der sich unter Tränen bei den Anlegern entschuldigt. Ein Emittent, der Anwälte wutentbrannt aus dem Saal werfen will. Und rund 400 aufgebrachte, meist betagte Anleger. Das ist ein Schauspiel, das einem nicht täglich geboten wird.

Dieses ganz spezielle Drama trug sich im Wiener Austria Trend Hotel am Rennweg Mitte Jänner zu. Geladen hatte die deutsche Investmentgesellschaft MPC Capital, denn der „MPC Reefer Flottenfonds I“ benötigt dringend mehr als elf Millionen Euro, um zu überleben. Zahlen sollen das die Anleger, entweder

indem sie bereits erhaltene Ausschüttungen zurückzahlen oder frisches Geld beisteuern. Gelingt der Plan, könnten die Anleger im Jahr 2028 (!) wieder mit Ausschüttungen rechnen, verspricht das MPC-Management. Ein Hohn angesichts des hohen Alters einiger Investoren. Ob der Sanierungsplan gelingt, weiß man bis heute nicht. Bis Mittwoch dieser Woche fehlte zur Rettung noch ein erklecklicher Betrag. Die Anleger fühlen sich über den Tisch gezogen, wie der Versicherungsangestellte Michael Trimmel: „In all den Jahren, in denen wir keine Auszahlungen bekommen haben, hat

MPC die vollen Prämien kassiert.“ Trimmel hat zur Vorsorge für seine drei Kinder 30.000 Euro in den Schiffsfonds angelegt – von einem Investment in Gold hat ihm seine Bank dezidiert abgeraten.

Insgesamt sollen in Österreich von 2004 bis 2008 rund 10.000 Anleger bis zu 700 Millionen Euro in deutsche Schiffsbeteiligungen investiert haben. Mit der Wirtschaftskrise sofften aber auch die Charterraten ab. Die Folge: Mittlerweile sind 163 der rund 2.500 Fondsschiffe, viele davon mit österreichischer Beteiligung, pleite, einige Hundert sind ein Sanierungsfall, wie eben die „Reefer Flottenfonds I+II“.

SECONDHAND-SCHIFFE. Anleger sollen über Alter, Vorleben, Größe und Ertragsstärke ihrer Schiffe getäuscht worden sein.



163

Schiffe mussten in den letzten Monaten in Deutschland Insolvenz anmelden.

Zur ersten Gruppe zählt das einst stolze Containerschiff „Merkur Sky“, ebenfalls emittiert von MPC. Das Schiff ist Mitte letzten Jahres mit 14 Millionen Euro von knapp 600 österreichischen Anlegern an Bord bereits untergegangen. Und vieles deutet darauf hin, dass dabei nicht alles mit rechten Dingen zugegangen ist.

Kritisches Gutachten. Ein Gutachten des Sachverständigen Manfred Lappe, erstellt für den Anlegeranwalt Benedikt Wallner, konnte im Kapitalmarktprospekt einige Ungereimtheiten orten: In

350–700

Millionen Euro heimischer Anlegergelder stecken in Schiffsbeteiligungen und sind in Gefahr.

den Jahren 2006/07, als das Schiff in Österreich an den Mann gebracht wurde, war es – für viele kaum ersichtlich – schon zehn Jahre im Einsatz. Ein Secondhand-Kahn also. Dennoch wurden die Anschaffungskosten mit 36,5 Millionen Euro nur knapp unter dem Neupreis für ein Containerschiff angesetzt, und irreführenderweise war im Prospekt ständig von „Erster Schiffahrtsgesellschaft Merkur Sky“ die Rede. Die Charraten wurden mit 16.900 Dollar pro Tag angesetzt, obwohl die Merkur Sky in ihrem Erstbetrieb oft nur 6.500 Dollar täglich schaffte. Bei der Größe des Schiffes wiederum dürften sich die Prospekt-ersteller schlichtweg um 124 TEU („Twenty-foot Equivalent Unit“) verrechnet haben. „Es konnte sich von vornherein kein Gewinn für die Anleger ausgeben“, ist Wallner überzeugt.

Klage gegen Kontrollor. Als Schuldigen neben den vertreibenden Banken und dem Emittenten MPC, der sich in Österreich aber im Status der Liquidation befindet, haben Anlegeranwälte den Prospektkontrollor, Wirtschaftsprüfer Interfides, ausgemacht. Eine Klage gegen Interfides, in der Wallner 30.000 Euro fordert, wurde bereits eingebracht, eine weitere mit 100.000 Euro folgt in Kürze. „Aufgrund der massiven Prospektmängel hätte nie eine Bestätigung durch den Kontrollor erfolgen dürfen“, ist auch Wallners Kollege Jörg Zarbl überzeugt. Er vertritt insgesamt 170 Schiffsanleger und hat Interfides diese Woche

ANLEGERANWALT B. WALLNER.
Rät Anlegern zu raschem Handeln.
Einige Fälle seien „verjährungs-sensitiv“.

10.000

österreichische Anleger (Schätzung) investierten in Schiffe deutscher Herkunft, darunter viele Pensionisten.

in einem Schreiben zur Zahlung von 450.000 Euro aufgefordert.

Bei Interfides kann man das Begehren nicht nachvollziehen. „In 95 Prozent der Fälle sehen sich die Anleger den Kapitalmarktprospekt ohnehin nicht an.“ Und: „Wir haben unsere Arbeit als Prospektprüfer immer gewissenhaft erledigt, können aber nicht ausschließen, dass uns Informationen vorenthalten wurden“, sagt Interfides-Partner Werner Festa.

Hauptstoßrichtung der Anlegeranwälte bleibt aber jene gegen die vermittelnden Banken, darunter vorwiegend Sparkassen, Raiffeisenbanken und Volksbanken. „Die Schiffsbeteiligungen wurden flächendeckend von den Hausbanken und ganz bestimmt nicht nur an vermögende Kunden verkauft“, berichtet Wallner, der selbst rund 70 Mandanten vertritt, zehn davon vor Gericht. Auch Großeltern, die ihre Pension mündelsicher für ihr Enkelkind anlegen wollten, sind dabei. Anders als in den anderen Fällen war die Bank hier sehr rasch zum Vergleich bereit. Wallner: „Sonst ist die Taktik der Banken klar: Sie wollen Anleger in die Verjährung laufen lassen.“ Er rät deshalb zu raschem Handeln, einige Fälle seien „verjährungssensitiv“.

Mit Zivilklagen ist es aber wohl nicht getan. Dem Vernehmen nach bastelt Anwalt Zarbl an Strafanzeigen gegen das MPC Management. In den Gutachten finden sich nämlich gleich mehrere Hinweise auf betrügerische Handlungen.

Von der Höhe des Schadens könnte der Schiffbruch mit Schiffsbeteiligungen einer der größten Anlegerschadensfälle in Österreich überhaupt werden. „Ich habe die Dimension anfangs völlig unterschätzt“, gibt Sachverständiger Manfred Biegler zu, der mittlerweile an seinem zweiten Gutachten zu dem Thema sitzt. Er ist überzeugt: „Das dicke Ende kommt erst.“ Dann nämlich, wenn die meist zehnjährigen Charterverträge auslaufen und die Einnahmen zur Gänze ausbleiben. Und das dürfte längstens in ein paar Jahren der Fall sein. |